

## Interpellation Eva Gammenthaler (AL): Überwindung des Kapitalismus

### *Einleitung*

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion frohlockten neoliberale Wirtschaftsvertreter:innen, sie läuteten das Ende der Geschichte<sup>1</sup> ein und proklamierten das neoliberale Wirtschaftsmodell sei die letzte Synthese, die keinen Widerspruch mehr zulässt.

Ein Blick ins Parteiprogramm der SP Schweiz belehrt uns eines Besseren: «Die SP Schweiz war und ist eine Partei, die den Kapitalismus nicht als Ende und schon gar nicht als Vollendung der Geschichte akzeptieren will. Sie hat immer eine Wirtschaftsordnung ins Auge gefasst, die über den Kapitalismus hinausgeht und diesen durch die Demokratisierung der Wirtschaft letztlich überwindet.»<sup>2</sup>

Stiller Widerspruch in einem verstaubenden Parteiprogramm reicht allerdings, wie die SP Schweiz auch selber schreibt, nicht aus, um das Ziel der Überwindung des Kapitalismus zu erreichen. Dazu bedarf es der Handlung: «Die Vision ‹Wirtschaftsdemokratie› im Parteiprogramm fortzuschreiben, ist unverzichtbar. Sie dort parkiert zu wissen, genügt aber nicht. Wir wollen uns der Vision durch praktische Politik nähern.»<sup>3</sup>

### *Antrag*

Damit die Überwindung des Kapitalismus nicht weiter in einem staubigen Parteiprogramm parkiert ist, wird der Gemeinderat aufgefordert, die folgenden Fragen auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen:

1. Wie kann die Wirtschaft so weit demokratisiert werden, dass der Kapitalismus letztlich überwunden wird.
2. Welche weiteren Möglichkeiten bestehen, den Kapitalismus zu überwinden, falls der Kapitalismus durch die Demokratisierung der Wirtschaft alleine nicht überwunden werden kann?

### *Begründung*

Die Überwindung des Kapitalismus ist eine zentrale Forderung jeder progressiven politischen Kraft und steht deshalb zurecht prominent im Parteiprogramm der SP Schweiz. Die Mehrheitsverhältnisse in der Stadt Bern erlauben es endlich, diese Forderung auch zu überprüfen und anzugehen.

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Klingsor Reimann

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nichtparlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der Verfasser:innen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die Urheber:innen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Bern, 21. Januar 2021

*Erstunterzeichnende: Eva Gammenthaler*

*Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Jemima Fischer*

---

<sup>1</sup> Fukuyama, Francis (1992): The End of History and the Last Man. New York: Free Press.

<sup>2</sup> Sozialdemokratische Partei der Schweiz (2012): Parteiprogramm. Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie. S.15.

Abrufbar unter: [https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/sp-parteiprogramm\\_definitiv-de\\_0.pdf](https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/sp-parteiprogramm_definitiv-de_0.pdf) (Zugriff am 7. Dezember 2020).

<sup>3</sup> Ebd. S.15.

## Antwort des Gemeinderats

Die Überwindung des Kapitalismus durch die Demokratisierung der Wirtschaft wird politisch kontrovers diskutiert. Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderats, aufzuzeigen, wie eine Massnahme aus einem Parteiprogramm umgesetzt werden soll. Demzufolge steht für den Gemeinderat nicht die Überwindung des Kapitalismus im Fokus, sondern vielmehr eine nachhaltige Gestaltung der liberalen Wirtschaftsordnung und deren sozial- und umweltverträgliche Ausrichtung mit einem starken *Service public*. Der Gemeinderat nimmt seinen Handlungsspielraum bereits heute wahr.

So ist im Bereich der Wohnbaupolitik beispielsweise anfangs 2020 nach einem längeren Rechtsverfahren die Wohninitiative in Kraft getreten. Demnach wird bei Um- und Neueinzonungen jeweils mindestens ein Drittel der geplanten Wohnnutzung für preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung gestellt. Der Gemeinderat verweist zudem auf seine Wohnstrategie mit Massnahmen vom Oktober 2018. Bereits im Jahr 2016 hat er das Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 mit Strategien und Schwerpunktmassnahmen behördenverbindlich verabschiedet. Die Umsetzung des STEK 2016 soll in Projekte und Planungen aller Ressorts und Gremien sowie des Gemeinderats integriert werden.

Der Einbezug der Bevölkerung, von Unternehmen und Institutionen in die städtische Entwicklung wird bei der Stadt Bern hochgeschrieben. Nicht umsonst trugen die Legislaturrichtlinien 2017 – 2020 den Titel «Stadt der Beteiligung». Ob bei Freizeitangeboten, im Bildungsbereich oder der Quartierentwicklung: die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern sollen in die Projektentwicklung eingebunden werden.

Die Stadt nimmt zudem unter anderem im öffentlichen Verkehr, in der Abfallentsorgung und in der umweltverträglichen Beschaffungspolitik eine Vorreiterrolle ein und unterstützt Initiativen für eine Kreislaufwirtschaft oder für den fairen Handel. Es ist ein erklärtes Ziel des Gemeinderats, sich für einen starken *Service public*, lebenswerte Räume und ressourcensparende Lösungen in allen Bereichen einzusetzen. Der Gemeinderat sieht keinen zusätzlichen Handlungsbedarf.

Bern, 12. Mai 2021

Der Gemeinderat